

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT**

Pressemitteilung vom 08.02.2018

Zu den jüngsten Aussagen des OB zum Fall Müller nehmen wir wie folgt Stellung:

Es ist schon bemerkenswert, wenn OB Rentschler beklagt, dass die Diskussion in der Sache Müller nicht über Fakten geführt werde und gleichzeitig die Mandatsträger an ihre Schweigepflicht genau diese Fakten betreffend erinnert. Damit behält der OB die Hoheit darüber, welche Informationen er setzen will, verifiziert werden können sie nicht. Schließlich verschweigt Rentschler dass der Gemeinderat erst informiert wurde, als hinter den Kulissen schon Alles gelaufen war und das noch höchst unvollständig. EC-Power wurde dabei übrigens mit keinem Wort erwähnt. Die Grünen-Fraktion wird auch eine Stellungnahme an das Regierungspräsidium geben, warum sie die Information des Gemeinderats in diesem Fall und den Beschluß für rechtswidrig hält. Eine weiteres Feld der Prüfung wurde mit der vom OB „außerordentlich begrüßten“ Strafanzeige der Freien Wähler gegen Unbekannt wegen Verletzung der Schweigepflicht eröffnet. Der Staatsanwaltschaft liegen mit der Anzeige nunmehr die Rede Müllers sowie über die Presse weitere Informationen darüber vor, welche Umstände zu seinem Ausscheiden und dem Aufhebungsvertrag geführt haben. Sie ist nach dem Legalitätsprinzip gehalten, jetzt den gesamten ihr bekannten Sachverhalt in vollem Umfang hinsichtlich der Verwirklichung möglicher Straftatbestände zu prüfen. Dies gilt nicht nur für die Weitergabe der Rede, sondern auch für den Vorgang selbst, also die Beendigung des Dienstvertrags von Cord Müller, die Ursachen hierfür und die Konditionen des Ausscheidens. Die Staatsanwaltschaft wird dabei u.a. auch zu prüfen haben, wie der Umgang mit öffentlichen Geldern in diesem Fall zu bewerten ist. Soweit sich dabei Anhaltspunkte für einen Anfangsverdacht einer anderen als der angezeigten Straftat ergeben sollten, ist sie

verpflichtet, von sich aus auch diesbezüglich ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.